

Traktandum 3 / Beschleunigung Ausbau Stromproduktion aus erneuerbarer Energie und Umsetzung von Klimamassnahmen; Entwurf Änderung des Planungs- und Baugesetzes / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

<p>1.</p>	<p>Antragsteller/in Sandra Meyer-Huwylar Paragraf 119a PBG <u>Antrag:</u> Ganzer Paragraf 119a streichen (weder Ergebnis der 1. Beratung noch die Beratungsrundlage RUEK) Parkplätze in Einstellhallen von Gebäuden mit fünf und mehr Parkplätzen für Bewohnende oder zehn und mehr Parkplätzen für Beschäftigte sind mit einer Grundinfrastruktur für das Laden von Elektrofahrzeugen auszurüsten, bei a. Neubauten, b. einer baubewilligungspflichtigen Erweiterung oder Änderung der Einstellhalle. 2. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in der Verordnung. 3. Die Gemeinden können in einem Reglement weiter gehende Vorschriften für die Pflicht zur Erstellung der Grundinfrastruktur erlassen.</p>
<p>2.</p>	<p>Antragsteller/in RK Paragraf 119a PBG <u>Antrag:</u> Parkplätze in Einstellhallen von Gebäuden mit fünf und mehr Parkplätzen für Bewohnende <u>Bewohnerinnen und Bewohner</u> oder zehn und mehr Parkplätzen für Beschäftigte sind mit einer Grundinfrastruktur für das Laden von Elektrofahrzeugen auszurüsten, bei (...)</p>
<p>3.</p>	<p>Antragsteller/in Sara Muff Paragraf 119a Abs. 1^{bis} PBG (neu) <u>Antrag:</u> <u>Bei öffentlichen Parkhäusern sind mindestens 5% der Parkplätze auf Stufe D auszubauen.</u></p>

4.	<p>Antragsteller/in Sara Muff Paragraf 205a Abs. 1 lit. b PBG <u>Antrag:</u> Das Plangenehmigungsverfahren dient der Verwirklichung von Anlagen zur Stromproduktion, die im öffentlichen Interesse liegen und einen zentralen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, nämlich: (...) b. Reservekraftwerke im Interesse der Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit auf nationaler Ebene,</p>
5.	<p>Antragsteller/in Sandra Meyer-Huwyl <u>Antrag:</u> Ablehnung der Botschaft.</p>